

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

30. Juni 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 23.06.14 sollen bei einem Anschlag in der Provinz Zabul acht Soldaten ums Leben gekommen sein. In der Provinz Kunduz wurden nach Angaben der Polizei sechs Talibankämpfer getötet. Bei einem Bombenanschlag am 25.06.14 kamen in der Provinz Ghazni ein Polizeichef und sein Leibwächter ums Leben. Bei einem Anschlag auf einen belebten Markt im Norden des Landes starben nach Angaben des Polizeichefs in Faryab vier Menschen. Im Süden des Landes wurde ein Nato-Soldat getötet.

Bei der seit über einer Woche andauernden Militäroffensive gegen die Taliban in der Provinz Helmand starben bislang etwa 330 Menschen, darunter mindestens 50 Zivilisten und mindestens 250 Talibankämpfer. Am 20.06.14 hatten mehr als 800 Kämpfer in vier Bezirken der Provinz Stellungen der Sicherheitskräfte angegriffen. In einer Gegenoffensive wurden die Aufständischen weitgehend zurückgedrängt. Sie sollen sich nun in zwei Gegenden im Bezirk Sangin festgesetzt haben. Die Gefechte dauern an. Dem Sprecher der Provinzregierung zufolge sind 3.200 Familien vor der Gewalt geflohen.

Präsidentenwahlen – Betrugsvorwürfe

Am 22.06.14 legte das Wahlkampfteam Abdullahs einen Audiomitschnitt vor, der Manipulationen bei der Stichwahl zugunsten Ghanis belegen sollte. Als Reaktion auf Berichte über Wahlfälschungen und Unterstützung des Lagers von Präsidentschaftskandidat Ghani (vgl. BN v. 23.06.14) trat der Vorsitzende der afghanischen Wahlkommission am 23.06.14 von seinem Amt zurück, wies Betrugsvorwürfe jedoch ebenso wie Ghani zurück. Dennoch wurden am 27.06.14 die Demonstrationen in Kabul gegen die mutmaßliche Wahlfälschung von Anhängern Abdullahs fortgesetzt. Abdullah stellte sich an die Spitze der Demonstranten. Er war als Favorit in die Stichwahl gegangen, soll aber bei Auszählung der Stimmen deutlich hinter Ghani liegen.

Neuer Kommandant der ISAF

John Campbell wird neuer Kommandeur der US-Truppen und der ISAF-Schutztruppe. Er wird die letzte Phase des Einsatzes, den geordneten Rückzug, befehligen. Campbell war von 2010 bis 2011 Kommandeur der 101. Luftlandbrigade im Osten Afghanistans. Der bisherige Kommandant Joseph Dunford wird das Marinekorps führen.

Pakistan

Angriff auf Passagierflugzeug/Offensive fortgesetzt

Nach dem Beschuss eines Passagierflugzeugs am 24.06.14 im Nordwesten Pakistans sind mehr als 200 Verdächtige festgenommen worden. Nach Mitteilung der Polizei am 25.06.14 dauere die Fahndung nach den Tätern an. Massenfestnahmen nach Anschlägen sind in Pakistan keine Seltenheit. Die meisten Verdächtigen werden in der Regel nach kurzer Zeit freigelassen. Zunächst hatte sich niemand zu der Tat bekannt, im Verdacht stehen die radikalislamistischen Taliban.

Unterdessen setzte die Armee am 25.06.14 ihre Offensive gegen diese fort. Bei den Angriffen der Luftwaffe auf Stellungen der Taliban in Nord-Waziristan wurden nach Angaben aus Sicherheitskreisen 15 mutmaßliche

Taliban-Kämpfer getötet und sieben weitere verletzt. Seit dem Beginn der Militäroperation vor elf Tagen flohen Hunderttausende aus der Region.

Syrien

Chemiewaffen abtransportiert

Am 23.06.14 wurden nach Angaben der Inspektoren der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) die letzten Bestände chemischer Kampfstoffe aus Syrien abtransportiert. Präsident Bashar al-Assad hatte der Vernichtung der Kampfstoffe zugestimmt, nachdem die USA wegen eines Chemiewaffeneinsatzes im August 2013 bei Damaskus (damals starben bei einem Einsatz des Nervengases Sarin ca. 1.400 Menschen) mit Luftangriffen gedroht hatten. Jedoch meldete die OPCW in der letzten Zeit einen „systematischen Einsatz von Chlorgas“. Diese Chemikalie fällt nicht unter das Abkommen, da sie auch in der Wirtschaft vielfältig eingesetzt werden kann.

ISIS: Kreuzigungen/Kalifat ausgerufen

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 29.06.14 tötete die Gruppierung Islamischer Staat im Irak und Syrien, ISIS (auch: Islamischer Staat im Irak und der Levante, ISIL) acht Personen, die rivalisierenden Aufständischen angehörten, in Deir Hafir, im Osten der Provinz Aleppo. Anschließend wurden sie an einem zentralen Platz ans Kreuz geschlagen. Ein neunter Mann, der in al-Bab, in der Nähe der türkischen Grenze, acht Stunden gekreuzigt worden war, habe die Bestrafung überlebt. Erstmals kam es auch im Osten von Damaskus zu heftigen Gefechten zwischen der Islamischen Armee (ein Stützpunkt der Islamischen Front, der größten Rebellenkoalition, die seit Monaten ISIS bekämpft) und ISIS-Kämpfern.

Am 29.06.14 rief ISIS ein Kalifat in den von ihr kontrollierten Gebieten im Irak und Syrien aus (weitere Ausführungen siehe BN zu Irak). ISIS soll sich in „Islamischer Staat“ umbenannt haben.

Irak

Entwicklung der Lage

Die Situation ist derzeit unübersichtlich. Es finden bewaffnete Auseinandersetzungen sowie Anschläge/Attentate in verschiedenen Regionen statt.

Nach einer Pressemitteilung des UN News Centre vom 24.06.2014 sollen mehr als 1.000 Menschen in den zwei Wochen, seit die Terrorgruppe „Islamischer Staat im Irak und in Syrien/Islamischer Staat im Irak und in der Levante (ISIS/ISIL) und deren Verbündete begannen, sich in Irak auszubreiten, getötet und mindestens 1.000 verletzt worden sein. Nach Angaben der UN Assistance Mission in Iraq (UNAMI) sind zwischen dem 05. und 22.06.14 mindestens 757 Zivilpersonen getötet und mindestens 599 Zivilpersonen in den Provinzen Nineve, Salahaddin (Salah al-Din), Diyala und nördlich von Bagdad verletzt worden (einschließlich eine Reihe verifizierter Hinrichtungen und extralegalen Tötungen von Zivilpersonen, Polizisten und Soldaten). Mindestens weitere 318 Menschen seien während des o.g. Zeitraumes in Bagdad und in Gebieten im Süden getötet und 590 verletzt worden, viele von ihnen durch mindestens sechs separate Autobombenanschläge. Entführungen würden auch weiterhin aus den nördlichen Provinzen und Bagdad gemeldet, einige davon sollen zu Tötungen geführt haben.

Nach der Zählung der britischen Nichtregierungsorganisation Iraq Body Count (IBC) wurden im Juni 2014 (Stand: 25.06.2014) bisher 3.211 Zivilpersonen getötet.

In der Nacht zum 25.06.14 sollen 130 amerikanische Militärberater in Bagdad eingetroffen sein und bis zum Wochenende fünfzig Mann hinzukommen. Sie haben die Aufgabe, die Sicherheitslage zu beurteilen und zwei Operationsstützpunkte mit irakischen Streitkräften einzurichten, einen in Bagdad und einen im Norden des Landes. Am Abend wurden bei einem Selbstmordattentat im Bagdader Stadtteil al Kasimija 23 Menschen getötet.

Laut Pressemeldung vom 26.06.2014 versetzte Iran am 25.06.14 Truppen an der Grenze zum Irak in Alarmbereitschaft. Grund dafür sei der jüngste Vormarsch der ISIS-Kämpfer.

Laut Pressemeldung lieferten sich die irakische Armee und ISIS auch am 27.06.14 in mehreren Orten Gefechte. Über Erfolge gab es widersprüchliche Meldungen.

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) vom 27.06.14 töteten Kämpfer der ISIS im Nordirak bei Massenhinrichtungen mindestens 160 Menschen. Weitere Untersuchungen seien nötig. HRW beruft sich auf Fotos und Satellitenaufnahmen aus der Stadt Tikrit.

Am 28./29.06.14 versuchte die irakische Armee mit einer Großoffensive die von ISIS am 11.06.14 eingenommene Stadt Tikrit zurückzuerobern. Armee und ISIS lieferten sich schwere Kämpfe. Einem Bericht der BBC zufolge sollen sich die Regierungstruppen in einen Vorort Tikrits zurückgezogen haben. Nach eigenen Angaben nahm die irakische Armee weite Teile der Stadt ein. Mit der Rückeroberung will die irakische Armee den Vormarsch auf Bagdad stoppen. Tikrit ist strategisch wichtig, da die Stadt an der Hauptverbindungsstraße zwischen dem Norden des Landes und Bagdad liegt.

Laut Pressemeldung rückten am 29.06.14 irakische Soldaten mit Unterstützung der kurdischen Peschmerga in die südlich von Kirkuk gelegene Ortschaft Baschir vor, die ebenfalls von ISIS überrannt worden war.

ISIS ruft Kalifat aus

ISIS rief ein islamisches Kalifat in den von ihr kontrollierten Gebieten in Irak und Syrien aus. ISIS-Sprecher Mohammed al-Adani erklärte am 29.06.14 in einer im Internet veröffentlichten Audiobotschaft in mehreren Sprachen, erster Kalif sei der Anführer der Miliz Abu Bakr al-Baghdadi. Das Kalifat werde sich von der Region Aleppo im Norden Syriens bis zur Region Dijala im Osten des Irak erstrecken. Zugleich soll die Gruppe ihren Namen in „Islamischer Staat“ geändert haben. Die Authentizität der Meldung ließ sich bislang nicht klären.

Ein Kalifat ist ein auf islamischen Gesetzen basierendes Staatswesen, in dem die weltliche und religiöse Führung in einer Hand ist. Das Wort „Kalif“ bedeutet „Nachfolger“. Baghdadi sieht sich somit als Nachfolger des Propheten Muhammad an der Spitze der islamischen Gemeinschaft. Das Kalifat erlebte zwischen dem 7. und 16. Jahrhundert seine Hochphase. Das letzte Kalifat hatte die türkische Regierung 1924 abgeschafft.

Regierungsbildung

Der irakische Präsident al-Maliki lehnt sowohl eine Regierung der „nationalen Einheit“, ein Bündnis von Sunniten, Schiiten und Kurden als auch einen Rücktritt ab.

Türkei

Gesetzesinitiative zum Kurdenkonflikt

Vor der Präsidentschaftswahl im August geht Ministerpräsident Erdogan mit einer neuen Gesetzesinitiative auf die kurdische Bevölkerung zu. Am 26.06.14 legte die Regierung dem Parlament einen Gesetzentwurf vor, der die Friedensgespräche zwischen der Regierung und dem inhaftierten PKK-Chef Abdullah Öcalan auf eine rechtliche Grundlage stellen soll. Um das Gesetzespaket möglichst bald verabschieden zu können, wurde der Beginn der parlamentarischen Sommerpause auf den 25.07.14 verschoben.

Nach Angaben aus Parlamentskreisen enthält das Gesetzespaket sieben Punkte, darunter verbesserte Rückkehrbedingungen für Kurden, die aus der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) aussteigen wollen, sowie eine Immunitätsregelung für die Beteiligten an den Friedensgesprächen.

Der für die Kurdenfrage zuständige Vizeregierungschef Basir Atalay erklärte in einem Fernsehinterview, die Regelungen seien die „letzten Schritte“ auf dem Weg zu einem Friedensabkommen. „Wir nähern uns einer Phase, in der diese Probleme gelöst sind, die Gewalt endet und die Leute ihre Waffen niederlegen und von den Bergen herunterkommen, um zu einem normalen Sozialleben zurückzukehren.“

Israel/Syrien

Protestcamp afrikanischer Flüchtlingen aufgelöst

Am 09.06.14 hat die israelische Polizei ein Protestcamp hunderter afrikanischer Flüchtlinge an der Grenze zu Ägypten gewaltsam aufgelöst. Nach Meldungen des israelischen Fernsehens wurden die Flüchtlinge, die sich der Räumung widersetzen, in Busse gezwungen, welche sie zurück in das Flüchtlingslager Cholot in der Negev-Wüste oder in ein Gefängnis brachten. Die Flüchtlinge aus Eritrea und dem Sudan hatten „unmenschliche Lebensbedingungen“ im Lager Cholot kritisiert. Zwar schiebt Israel die ca. 50.000 Flüchtlinge aus Eritrea und Sudan wegen der schweren Menschenrechtsverletzungen in ihren Heimatländern nicht dorthin ab, will aber ihren dauerhaften Verbleib verhindern.

Weiterer Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen

Die Lage im palästinensischen Gazastreifen eskaliert zusehends. Militante Palästinenser feuerten nach Angaben von Polizeisprecher Mickey Rosenfeld allein am Morgen des 30.06.14 mehr als zehn Kleinraketen auf Israel ab. Auch in der Nacht gab es Raketenangriffe. Die Spannungen im Grenzgebiet zum Gazastreifen haben seit dem 12. 06.14 stark zugenommen, als drei israelische Teenager im Westjordanland entführt wurden. In den vergangenen beiden Wochen wurden insgesamt 23 Raketen aus dem Palästinensergebiet auf Israel abgefeuert. Die israelische Armee antwortete darauf jede Nacht mit Luftangriffen.

Libanon

Autobombenanschlag in Beirut

Am frühen Morgen des 24.06.14 wurden bei einem Autobombenanschlag im Süden von Beirut – nahe einem Kontrollposten der Armee und einem Cafe, in dem die Übertragung einer Partie der Fußball-Weltmeisterschaft lief – mindestens zwölf Menschen verletzt. Es handelte sich um den zweiten Anschlag innerhalb von 84 Stunden. Regierungschef Salam sagte, der Anschlag sei ein Versuch gewesen, „die nationale Einheit“ Libanons zu zerschlagen. Die Behörden prüften noch, ob ISIS-Mitglieder oder die al-Nusra-Front für den Anschlag verantwortlich sind. Der Anspruch von ISIS, das Gebiet vom Tigris bis zum Mittelmeer zu kontrollieren, schließt den Libanon ein.

Jemen

Angriff auf Flughafen/weitere Gefechte

Mutmaßliche Kämpfer der AQAP (al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel) griffen am 26.06.14 den Flughafen der jemenitischen Stadt Seiyun an. Drei Soldaten wurden getötet. Behördenvertreter teilten mit, dass die AQAP-Kämpfer Teile des Flughafens, darunter den Kontrollturm, in ihre Gewalt gebracht hätten. Bei der Rückeroberung durch die Armee wurden mindestens sechs Aufständische getötet und Geiseln befreit. Seiyun ist die zweitgrößte Stadt der südostjemenitischen Provinz Hadramaut und liegt im Hadramaut-Tal, das als Hochburg der AQAP gilt. Präsident Mansour Hadi rief landesweit den Alarmzustand aus. Die Armee geht seit Ende April 2014 im Südjemen gegen die islamistische AQAP vor. Bei dem Einsatz, mit dem die Aufständischen aus den Provinzen Shabwa und Abyan vertrieben werden sollen, wurden bisher nach amtlichen Angaben mehr als 500 Aufständische und 40 Soldaten getötet.

Bei einem weiteren AQAP-Angriff auf einen jemenitischen Militärposten sind nach Militärangaben zwei Soldaten und vier Extremisten getötet worden.

Drei Soldaten wurden bei dem etwa einstündigen Gefecht in der Provinz Hadramaut am 28.06.14 verletzt.

Ägypten

Anschläge auf U-Bahn in Kairo

Bei der Explosion mehrerer Sprengsätze in der U-Bahn von Kairo wurden am 25.06.14 mindestens vier Personen verletzt. Die Bomben sollen an drei Metrostationen etwa gleichzeitig im morgendlichen Berufsverkehr

detoniert sein. Anderen Angaben zufolge explodierten Sprengkörper an zwei U-Bahnstationen sowie vor einem Gerichtsgebäude. Demnach sollen mindestens sechs Personen verletzt worden sein.

Journalisten verurteilt

Ein Gericht in Kairo verurteilte am 23.06.14 einen australischen und einen kanadisch-ägyptischen Journalisten des Senders Al-Jazeera International zu je sieben Jahren Haft. Ein ägyptischer Produzent des Senders erhielt ebenfalls eine Haftstrafe von sieben Jahren sowie – wegen Besitzes einer einzelnen Kugel – weitere drei Jahre. Den Verurteilten wurde Unterstützung einer terroristischen Organisation durch Verbreiten von Lügen vorgeworfen. Internationale Proteste gegen die Verurteilung bezeichnete die ägyptische Regierung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Eigentümer von Al-Jazeera ist das Herrscherhaus Katars. Katar unterstützt den gestürzten Präsidenten Mursi und die ägyptische Muslimbruderschaft.

Tunesien

Wahltermine

Das Parlament einigte sich am 15.06.14 auf die Termine für die Parlaments- und Präsidentenwahlen. Demnach wird am 26.10.14 das Parlament gewählt und am 23.11.14 findet die erste Runde der Präsidentschaftswahlen statt. Für eine eventuelle Stichwahl ist der 28.12.14 vorgesehen. Damit endet nicht nur ein monatelanger Streit zwischen Islamisten und Opposition über die gemeinsame oder getrennte Abhaltung der beiden Wahlen, sondern die Abgeordneten erfüllen auch den Auftrag der Ende Januar verabschiedeten neuen Verfassung, bis Ende dieses dritten Übergangsjahres Wahlen abzuhalten.

Libyen

Geringe Beteiligung an Parlamentswahlen

Bei den Parlamentswahlen am 25.06.14 gab es eine deutlich geringere Wahlbeteiligung als bei der ersten freien Wahl vor zwei Jahren. Lediglich ca. 630.000 Personen sollen ihre Stimme abgegeben haben. Wahlberechtigt waren 3,4 Millionen, von denen sich 1,5 Millionen für die Abstimmung hatten registrieren lassen. Um die 200 Parlamentsmandate bewarben sich mehr als 1.600 Kandidaten. 32 Sitze sind für Frauen reserviert. Die ersten Wahlergebnisse werden in den nächsten Tagen erwartet. Das neue Parlament soll den Nationalkongress ablösen, der wegen interner Grabenkämpfe und der Duldung islamischer Milizen seine Autorität weitgehend eingebüßt hat.

Am Wahltag wurde die Anwältin und Menschenrechtsaktivistin Salwa Bugaighis, die sich 2011 am Aufstand gegen Gaddafi beteiligt hatte, in ihrem Haus in Bengasi getötet und ihr Mann Issam vermutlich verschleppt. Der einzige Zeuge des Geschehens, ein Wachmann, war am 28.06.14 mit Folterspuren in ein Krankenhaus eingeliefert worden, wo nur noch sein Tod festgestellt werden konnte.

In Bengasi starben zudem vier Menschen bei Kämpfen zwischen Islamisten und Regierungstruppen.

Nigeria

Boko Haram tötet Kirchgänger

Am Morgen des 29.06.14 schossen im Bundesstaat Borno mutmaßliche Kämpfer der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram im Dorf Kwada (etwa 10 km von Chibok) auf die Gottesdienstbesucher in fünf Kirchen und brannten die Kirchen nieder. Hierauf zogen sie in das Nachbardorf Kautikari, wo sie Dorfbewohner töteten und Häuser in Brand setzten. Mehr als 50 Personen sollen gestorben sein.

Explosion in Bordell in Bauchi

Gegen 22 Uhr ereignete sich am 27.06.14 eine Bombenexplosion in einem Bordell im Rotlichtviertel Bayan Gari der Stadt Bauchi (Hauptstadt des gleichnamigen nördlichen Bundesstaates). Laut Polizeiangaben starben zehn Menschen, 14 wurden verletzt. Die Tat wird Boko Haram zugeschrieben.

Terroristen getötet

Am 26.06.14 gab das nigerianische Verteidigungsministerium bekannt, dass es im Bundesstaat Borno bei Miyanti und Bulungu zu einem Gefecht mit Terroristen gekommen sei. Bei dem Angriff der Sicherheitskräfte auf deren Lager seien über 50 Terroristen getötet worden. Bei einem Angriff in der Nähe der Grenze zur Republik Niger auf ein weiteres Lager von Terroristen bei Duguri sollen von der „Multinationalen Joint Task Force“ 53 Terroristen und zwei Soldaten getötet worden sein.

Bombenanschlag auf Einkaufszentrum in Abuja

Am 25.06.14 explodierte gegen 16 Uhr am Eingang des „Emab Plaza“-Einkaufszentrums im Stadtteil Wuse 2 der Hauptstadt Abuja eine Bombe. Laut Polizeiangaben wurden 21 Menschen getötet und 17 zum Teil schwer verletzt. Einer der Attentäter soll bei der Flucht erschossen, ein weiterer festgenommen worden sein. Für den Anschlag wird Boko Haram verantwortlich gemacht.

Mehr als 60 Frauen und Mädchen entführt

In Presseberichten vom 24.06.14 wurde, teils unter Berufung auf Angaben des Führers einer lokalen Bürgerwehr („Civil-Joint Task Force“), berichtet, dass vom 19. bis 21.06.14 im Bundesstaat Borno mutmaßliche Kämpfer der Boko Haram die Dörfer Kumanza (Kumugza), Yaga und Dagu (Damboa LGA) überfielen. Hierbei sollen sie etwa 60 Frauen, junge Mädchen und Kleinkinder entführt haben. Teilweise wird auch von der zusätzlichen Entführung von 31 jungen Männern berichtet. Seitens der Bundesregierung und des Gouverneurs von Borno wurden die Entführungen bestritten.

Soldaten von Boko Haram getötet

In der Nacht des 24.06.14 stürmten laut Angaben eines überlebenden Soldaten mutmaßliche Kämpfer der Boko Haram in über 30 Fahrzeugen einen Armeeposten im Dorf Bulabulin-Ngaura (etwa 35 km nördlich der Stadt Damboa, Bundesstaat Borno). Etwa 21 Soldaten und fünf Dorfbewohner wurden getötet.

Anschlag auf Ausbildungsstätte

Am Nachmittag des 23.06.14 zündete in Kano (Hauptstadt des gleichnamigen nördlichen Bundesstaates) ein Selbstmordattentäter auf dem Gelände der Schule für Hygienetechnik (an der Bayero University Kano Road) einen Sprengsatz. Laut Polizeiangaben starben der vermutlich der Boko Haram angehörende Attentäter sowie sieben Schüler.

Eritrea

UNO untersucht Menschenrechtsverletzungen

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat eine Kommission zur Untersuchung massiver Menschenrechtsverletzungen in Eritrea eingesetzt. Eine entsprechende von Frankreich und Somalia eingebrachte Resolution verabschiedete der Rat am 27.06.14. Es ist nach Syrien und Nordkorea die dritte Konfliktregion, für welche das UNO-Gremium in Genf eine Kommission einsetzt. Diese soll ihren ersten Bericht bis März 2015 erstellen.

Der UNO-Menschenrechtsrat verurteilte die anhaltenden und systematischen Verletzungen der Menschenrechte durch die eritreischen Behörden. Insbesondere wurden willkürliche und außergerichtliche Hinrichtungen, Folter und unhaltbare Haftbedingungen kritisiert. Der Rat forderte ein Ende der Praxis des zeitlich nicht begrenzten Militärdienstes und der Schüsse an der Grenze, mit welchen die Eritreer vor einer Flucht abgeschreckt werden sollten. Seit Jahresbeginn fliehen jeden Monat laut der UNO fast 4000 Personen.

Zentralafrikanische Republik

Gewaltausbruch

Nach UN-Angaben vom 27.06.14 kam es in den Tagen davor in der Stadt Bambari (etwa 380 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Bangui) sowie in deren Umgebung zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Mindestens 45 Menschen seien demnach bei einem Angriff nicht näher identifizierter Personen am 23.06.14 auf ein Lager muslimischer Peul (auch: Fulbe, Fulani) sowie bei Vergeltungsschlägen gestorben. Tausende seien vor der Gewalt in Lager für Binnenflüchtlinge im Raum Bambari geflohen.

Mali

Trainingsmission EUTM und Minusma Hilfe verlängert.

Am 25.06.14 hat der Bundestag die Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen der UN-Stabilisierungsmission Minusma um ein Jahr bis Mitte 2015 beschlossen.

Am 26.06.14 hat der UNO-Sicherheitsrat die Fortsetzung der Trainingsmission EUTM einstimmig befürwortet. Auch bei dieser Mission beteiligt sich die Bundeswehr an der Ausbildung malischer Soldaten.

Somalia

Anschläge zu Beginn des Ramadans

Nachdem al-Shabaab zu Beginn des Fastenmonats eine Intensivierung ihrer Angriffe angekündigt hatte, erschossen mutmaßliche Islamisten im Zentrum Mogadischus aus einem fahrenden Auto heraus zwei Verkehrspolizisten. Bei einem ähnlichen Anschlag im Norden der Stadt kam ein Soldat ums Leben.

Angriff auf Hotel in Buulobarde

Am 26.06.14 stürmten Kämpfer der al-Shabaab ein Hotel in der Stadt Buulobarde in der zentralsomalischen Region Hiiran. Dabei kamen mindestens drei Menschen ums Leben. Zu den Gästen des Hotels gehören vielfach Angehörige der AMISOM und einheimische Soldaten. AMISOM hatte Buulobarde im März 2014 von der al-Shabaab erobert. Seither kommt es dort immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

Sudan

Rebellenführer in Darfur getötet

Nach Angaben des Gouverneurs von Norddarfur wurde am 28.06.14 der Rebellenführer Ali Karbino zusammen mit zwölf Kämpfern seiner Gruppierung bei einem Gefecht mit Regierungstruppen getötet. Karbino kommandierte eine Rebellengruppe namens Sudan Liberation Movement for Justice (SLMJ), die sich 2009 von der Sudan Liberation Army (SLA) unter Abdel Wahid Mohammed al-Nur abgespalten hatte. Die Anzahl der Kämpfer Karbinos wird auf 60-80 Mann geschätzt. Karbino soll nach UN-Angaben für einige der schwersten Angriffe auf Regierungstruppen in der letzten Zeit verantwortlich gewesen sein.

Zum Tod verurteilte Christin in US-Botschaft

Der wegen Apostasie und Unzucht im Mai 2014 zum Tod sowie 100 Peitschenhieben verurteilten und nach Aufhebung des Urteils durch ein Berufungsgericht in Khartum freigesprochenen Christin verweigerten die sudanesischen Behörden am 27.06.14 die Ausreise. Angehörige des Geheimdienstes hinderten sie am Besteigen eines Flugzeugs. Derzeit hält sie sich mit ihrer Familie in der Botschaft der Vereinigten Staaten in Khartum auf.

Westafrika

Ebola-Epidemie breitet sich aus

Die seit Februar in Teilen Westafrikas herrschende Ebola-Epidemie breitet sich aus. In Guinea, dem am schwersten betroffenen Staat sowie in Sierra Leone und Liberia sind nach Angaben der WHO vom 26.06.14 derzeit 635 Infizierte registriert; seit Beginn der Epidemie starben 399 Menschen. Die WHO berief für den 02. und 03.07.14 eine Konferenz der elf Gesundheitsminister Westafrikas in Accra/Ghana ein. Sie fordert drastische Maßnahmen.

Ärzte und Helfer machen vor allem die guineische Regierung für die Ausbreitung der Krankheit verantwortlich. Sie habe keine Investoren abschrecken wollen und alles getan, um den Ernst der Lage herunterzuspielen. Für die Aufklärung der Bevölkerung seien kaum Mittel zur Verfügung gestellt worden.

Die Regierung Sierra Leones kündigte an, Personen, die Erkrankte versteckten oder an Ebola Verstorbene beerdigten, strafrechtlich zu verfolgen.

Mauretanien

Präsidentenschaftswahl

Bei den Präsidentenschaftswahlen ist Amtsinhaber Aziz am 22.06.14 mit 80 % der Stimmen bestätigt worden. Rund 1,3 Millionen konnten unter fünf Kandidaten wählen, darunter eine Frau. Die Wahlbeteiligung lag bei 56 %. Teile der Opposition boykottierten die Wahl.

Ukraine

Waffenruhe in der Ostukraine läuft aus

Im Osten der Ukraine läuft am Abend des 30.06.14 die mehrtägige Waffenruhe aus. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko versprach, die Feuerpause bis zum Ablauf der Frist um 22 Uhr Ortszeit einzuhalten. International wächst der Druck auf ihn, die Waffenruhe erneut zu verlängern. Doch bei Demonstrationen in Kiew am vergangenen Wochenende drängten ihn Tausende, ein weiteres militärisches Vorgehen gegen die prorussischen Separatisten zu erlauben. Viele Ukrainer werfen dem neugewählten Präsidenten vor, dass die am 20.06.14 ausgerufene Feuerpause keine greifbaren Erfolge gebracht habe.

Am vergangenen Wochenende wurde sie mehrmals gebrochen. Regierungstreue Truppen und die Separatisten machten sich gegenseitig verantwortlich. Umso mehr setzten sich Bundeskanzlerin Merkel und der französische Präsident Hollande bei einem Telefonat mit Poroschenko und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin dafür ein, die Feuerpause zu verlängern. Sie unterstrichen die EU-Forderung, nach der Russland sich für einen Mechanismus zur Überwachung der Waffenruhe einsetzen soll. Zudem verlangten sie von der russischen Seite, „substantielle Verhandlungen“ über den Friedensplan von Poroschenko zu starten. Putin sprach sich dafür aus, die Feuerpause diesmal deutlich zu verlängern. Putin und Poroschenko vereinbarten in dem Telefonat, sehr bald Gespräche mit den Separatisten aufzunehmen. Die Separatisten der selbst ernannten „Volksrepubliken Donezk und Lugansk“ verlangen als Vorbedingung für einen Friedensdialog mit Kiew den Abzug aller Regierungstruppen aus der Ostukraine. Als positives Zeichen kann die Freilassung zweier OSZE-Teams mit jeweils vier OSZE-Beobachtern am 27.06. und 28.06.14 nach mehrwöchiger Gefangenschaft durch die prorussischen Separatisten gewertet werden.



Albanien

EU-Beitrittskandidat

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten der EU hat Albanien am 24.06.14 offiziell den Beitrittskandidatenstatus verliehen. Die Minister des Rates würdigten die bisherigen Anstrengungen, betonten aber zugleich die Notwendigkeit weiterer Reformen. Das Land mit knapp vier Millionen Einwohnern muss vor dem Beginn der eigentlichen Beitrittsverhandlungen noch eine Reihe von Bedingungen erfüllen. So forderten die EU-Staaten unter anderem eine Justizreform, den Schutz von Minderheiten sowie mehr Anstrengungen im Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen. Bis zur Aufnahme des Landes in die EU können daher noch Jahre vergehen.

China

Xinjiang: Anti-Terror-Kampagne

Am 23.06.14 gaben Behörden eine Zwischenbilanz über die seit einem Monat laufende Anti-Terror-Kampagne in Xinjiang bekannt. Demnach seien 380 Verdächtige festgenommen und 80 Banden ausgehoben worden. Man habe 264 Sprengsätze und 3,15 Tonnen an Explosivstoffen sichergestellt. 315 Personen seien im Zusammenhang mit Terrorismus, religiösem Extremismus oder der Herstellung von Waffen und Sprengsätzen verurteilt worden.

Wie Staatsmedien am 30.06.14 berichteten, verurteilten in der Woche davor zwei Gerichte in Kashgar in Massenprozessen insgesamt 113 Personen wegen terroristischer Aktivitäten oder anderer damit zusammenhängender Verbrechen zu teils hohen Haftstrafen. Gegen vier Personen wurde lebenslange Haft verhängt.

Referendum in Hongkong

An dem am 29.06.14 beendeten inoffiziellen Referendum über Verfahren für eine freie Wahl des Hongkonger Regierungschefs im Jahr 2017 (vgl. BN. v. 23.06.14) beteiligten sich fast 800.000 Menschen. Knapp 3,5 Millionen der mehr als sieben Millionen Einwohner Hongkongs waren wahlberechtigt.